

Wahlprüfsteine 2026 - VOLT

Sehr geehrte Lesende und Zuhörende,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2026 und Ihr wichtiges Engagement für die frühkindliche Bildung in Rheinland-Pfalz. Wir teilen Ihre Einschätzung, dass das aktuelle Kita-Gesetz und insbesondere die Personalsituation dringend reformbedürftig sind, um den fachlichen Anforderungen und dem Wohl unserer Kinder gerecht zu werden.

Wir setzen uns für ein System ein, das als Fundament einer gerechten Gesellschaft fungiert und das Potenzial jedes einzelnen Kindes unabhängig von seiner Herkunft fördert.

Gerne beantworte ich Ihre Fragen zu unseren Plänen für die kommende Legislaturperiode:

Personalisierung

Frage: Welche konkreten Pläne hat Ihre Partei, um die Personalschlüssel zu verbessern und sich damit den fachlichen Empfehlungen anzunähern?

Um eine qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit im inklusiven Setting sicherzustellen, fordern wir in unserem Landtagswahlprogramm die Einführung eines deutlich verbesserten Betreuungsschlüssels. Wir setzen uns konkret für einen Schlüssel von 1:3 für Kinder unter drei Jahren (U3) und 1:7,5 für Kinder zwischen drei und sechs Jahren ein. Damit die pädagogische Arbeit auch in der Praxis gelingen kann, wollen wir die maximale Gruppengröße auf 12 Kinder in der U3-Betreuung bzw. 15 Kinder in der Ü3-Betreuung begrenzen. Zudem planen wir den konsequenten Aufbau multiprofessioneller Teams, die neben Erziehungskräften auch Sozialassistenten, Integrationskräfte sowie psychologisches und therapeutisches Fachpersonal umfassen, um die pädagogischen Fachkräfte von fachfremden Aufgaben zu entlasten.

Frage: Wie stehen Sie zu der Regelung, Kleinkinder ab zwei Jahren schlechter zu personalisieren als Kinder unter zwei Jahren? Wird Ihre Partei an dieser Regelung etwas ändern?

Die Kritik an der aktuellen Regelung, die Kinder ab zwei Jahren personell schlechter stellt, ist absolut berechtigt. Wir wollen diese starre und künstliche Grenze aufbrechen, die dem tatsächlichen Betreuungsbedarf von Kleinkindern nicht gerecht wird. In unserem Programm fordern wir explizit, den verbesserten Schlüssel von 1:3 für die gesamte Gruppe der Kinder unter drei Jahren (U3) anzuwenden. Wir möchten damit sicherstellen, dass Kinder im dritten Lebensjahr nicht länger aufgrund rechtlicher Definitionen benachteiligt werden, sondern die intensive Betreuung erhalten, die sie für ihre Entwicklung benötigen.

Fachkräftemangel

Frage: Wie wollen Sie in den kommenden Jahren genügend gut qualifizierte Fachkräfte für die Kitas gewinnen und sichern?

Um mehr Menschen für den Erzieher:innenberuf zu begeistern und sie langfristig im Beruf zu halten, setzen wir auf ein Bündel an Maßnahmen:

- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen:** Ein zentraler Punkt in unserem Landtagswahlprogramm ist die Entlastung des Personals durch **multiprofessionelle Teams**. Erzieher und Erzieherinnen sollen sich wieder auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren können, während sie durch Fachkräfte aus der Verwaltung, Logopädie, Sozialarbeit oder durch qualifizierte Quereinsteigende unterstützt werden.
- **Verbesserter Betreuungsschlüssel:** Wir setzen uns für einen Schlüssel von 1:3 für Kinder unter drei Jahren (U3) und 1:7,5 für Kinder zwischen drei und sechs Jahren ein. Damit die pädagogische Arbeit auch in der Praxis gelingen kann, wollen wir die maximale Gruppengröße auf 12 Kinder in der U3-Betreuung bzw. 15 Kinder in der Ü3-Betreuung begrenzen.
- **Anerkennung ausländischer Abschlüsse:** Wir wollen den Anerkennungsprozess für ausländische Bildungsabschlüsse massiv beschleunigen und durch Brückenangebote unterstützen, um qualifizierte Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Frage: Wie ist Ihre Einstellung gegenüber dem prozentualen Anteil von Nichtfachkräften in der Kindertagesbetreuung?

Wir setzen klar auf Qualität durch Qualifikation. Dennoch sehen wir in **multiprofessionellen Teams** die Chance, dem Fachkräftemangel pragmatisch zu begegnen, ohne die pädagogischen Standards zu senken. Wir lehnen den Einsatz von Nichtfachkräften als reines „Sparmodell“ oder als dauerhaften Ersatz für qualifiziertes Personal ab. Stattdessen wollen wir diese Kräfte gezielt einsetzen, um spezialisierte Aufgaben (z.B. Sprachförderung, Inklusionshilfe oder Verwaltung) zu übernehmen. Ziel ist ein Mix an Kompetenzen, bei dem die pädagogische Leitung und Kernbetreuung stets in den Händen von gut qualifizierten Fachkräften liegt.

Frage: Wie ist Ihre Einstellung gegenüber der geplanten Veränderung der Ausbildungsform zum Sozialassistenten und Erzieher?

Wir unterstützen das Ziel, soziale Berufe durch Vergütung und mehr Praxis attraktiver zu machen. Kritisch sehen wir jedoch die starke Reduktion der Unterrichtszeit, unklare Finanzierungsstrukturen und zusätzliche Belastungen für Schulen. Die Reform darf nicht zu Qualitätsverlusten führen. Gute Ausbildung braucht verlässliche Standards und echte Aufstiegschancen. Zudem ist das geplante Eintrittsdatum der Reform aus unserer Sicht zu spät.

Inklusion

Frage: Wie wird Ihre Partei konkret die Kitas bei der Bewältigung dieser enormen Aufgabe unterstützen und begleiten, bzw. die benötigten personellen und räumlichen Ressourcen in den Einrichtungen zur Verfügung stellen?

Wir wissen, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir daher:

- **Multiprofessionelle Teams:** Wir wollen weg von der reinen Erzieher:innen-Zentrierung. Teams sollen künftig aus Erziehungskräften, Sozialassistenten, Integrationskräften sowie therapeutischem und psychologischem Fachpersonal bestehen. Das entlastet die pädagogischen Fachkräfte und stellt sicher, dass für jedes Kind die passende Expertise vor Ort ist.
- **Bessere Betreuungsschlüssel:** Wir fordern einen verbindlichen Schlüssel von **1:3 für Kinder unter drei Jahren** und **1:7,5 für Kinder zwischen drei und sechs Jahren**. Nur so bleibt genug Zeit für die individuelle Förderung jedes Kindes.
- **Ausbildung und Qualifizierung:** Regelmäßige Schulungen zu inklusiver Pädagogik und interkultureller Kompetenz werden in unserem Konzept für alle Teams angeboten.
- **Räumliche Ressourcen:** Wir setzen uns für ein Investitionsbudget ein, um Kitas (analog zu unseren Forderungen für Schulen) zu barrierefreien und modernen Lebensräumen umzubauen, die inklusives Lernen technisch und räumlich ermöglichen. Programme wie Smart Kita werden von uns evaluiert.

Frage: In welcher Weise engagieren Sie sich für das Thema inklusive Bildung und Teilhabe auf Bundes- Lande- und kommunaler Ebene?

- **Landesebene (RLP):** Hier kämpfen wir für die „**Schule für alle**“ und ein Bildungssystem, das Kinder nicht frühzeitig selektiert, sondern bis zur 10. Klasse gemeinsames, inklusives Lernen ermöglicht.
- **Bundesebene:** Wir fordern im Bundesrat die **Aufhebung des Kooperationsverbots**, damit der Bund sich dauerhaft an der Finanzierung von Inklusion und Digitalisierung in der Bildung beteiligen kann. Zudem setzen wir uns für eine **nationale Bildungsstrategie** mit einheitlichen Qualitätsstandards ein.
- **Kommunale Ebene:** Wir fordern eine Neuordnung der Kommunalfinanzierung nach dem Prinzip „**Wer bestellt, bezahlt**“ (Konnexitätsprinzip). Das Land muss die Kommunen finanziell so ausstatten, dass Inklusion vor Ort nicht am Budget scheitert.

Frage: Wie sorgen Sie dafür, dass der Übergang in den Bereich des SGB VIII in den Kommunen und bei den Trägern gut verläuft, bzw. wird es überhaupt ratifiziert?

Das Ziel der „Inklusiven Lösung“ (die Zusammenführung der Zuständigkeiten für Kinder mit und ohne Behinderungen im SGB VIII) unterstützen wir vollumfänglich.

Damit dieser Übergang für Kommunen und Träger gut gelingt, braucht es klare Zuständigkeiten, verlässliche Rahmenbedingungen und eine ausreichende Finanzierung. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir deshalb verzahnte Übergänge zwischen bestehenden Systemen, statt neue Brüche durch unklare Zuständigkeiten zu schaffen. Das Land muss den

Übergang aktiv begleiten und sicherstellen, dass zusätzliche Aufgaben nicht zulasten der bestehenden Angebote gehen.

Zudem ist Inklusion für uns kein optionaler Zusatz, sondern der Standard. Wir wollen Sonderstrukturen schrittweise zurückbauen und die freiwerdenden Mittel direkt in inklusive Strukturen und multiprofessionelle Teams an Regelschulen und Kitas investieren.

Leitungsdeputat

Frage: Welche Lösungen streben Sie an, um das Niveau der Leitungsdeputate anzuheben? Wie wollen Sie langfristig ein angemessenes Niveau nach fachlichen Empfehlungen sichern?

In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir eine „quantitativ und qualitativ verbesserte Betreuung in der frühkindlichen Bildung“. Wir wollen die Rahmenbedingungen so anpassen, dass pädagogische Fachkräfte, und damit auch die Leitung, von fachfremden Aufgaben entlastet werden, um sich wieder voll auf ihre Kernaufgaben konzentrieren zu können. Langfristig streben wir an, das gesamte System an europäischen Best Practices wie in **Finnland** zu orientieren, wo hohe Qualitätsstandards und eine starke personelle Ausstattung die Basis für den Bildungserfolg bilden.

Frage: Wie steht Ihre Partei dazu, im Kita-Gesetz zusätzliche Deputate für Verwaltungskräfte zu verankern, die nicht gleichzeitig das vorhandene Leitungsdeputat reduzieren?

Wir wollen weg von der reinen Erzieher:innen-Zentrierung hin zu **multiprofessionellen Teams**. Wir fordern, dass Teams in der frühkindlichen Bildung auch von **Verwaltungspersonal** unterstützt werden sollen. Diese Verwaltungskräfte sollen pädagogische Fachkräfte (und damit auch die Leitung) gezielt entlasten. Uns ist dabei wichtig, dass diese Unterstützung *zusätzlich* erfolgt und nicht zulasten der pädagogischen Zeit oder der bestehenden Leitungsdeputate geht. Die Verwaltung soll als moderner Dienstleister in der Kita agieren, damit die Leitung Zeit für die pädagogische Steuerung hat.

Frage: Wie werden stellvertretende Leitungen unterstützt sich entsprechend ihrer Aufgaben zu qualifizieren und welche zeitlichen Ressourcen würden Sie stellvertretenden Leitungskräften zur Verfügung stellen?

- **Qualifizierung:** Wir fordern für alle Fachkräfte im Bildungswesen garantierte und verpflichtende Budgets für regelmäßige Fort- und Weiterbildungen. Das gilt selbstverständlich auch für angehende und amtierende (stellvertretende) Leitungskräfte.
- **Zeitliche Ressourcen:** In unserem Konzept für die moderne Arbeitswelt und das Bildungssystem fordern wir bezahlte Zeiten für Beobachtung, Dokumentation und Vorbereitung. Wir setzen uns zudem für attraktive Karrieremodelle ein, die eine Weiterentwicklung innerhalb des Systems ermöglichen, ohne dass dies zu einer Überlastung führt.

Verbindliche Verfügungszeiten für Kita-Fachkräfte

Frage: Werden Sie Verfügungszeiten nach fachlichen Empfehlungen zur Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Fachkräfte gesetzlich verankern?

Ja, wir setzen uns dafür ein, diese Zeiten verbindlich zu regeln. Wir fordern, dass Arbeitsbedingungen durch **bezahlte Zeit für Beobachtung und Dokumentation** verbessert werden. Wir wollen weg von einer reinen „Verwahrung“ hin zu einer qualitativ hochwertigen Förderung. Das geht nur, wenn die Fachkraft-Kind-Relation (unser Ziel: 1:3 bei U3 und 1:7,5 bei Ü3) so gestaltet ist, dass auch Zeit für die mittelbare Arbeit bleibt.

Frage: Werden Sie Verfügungszeiten für sprachliche Bildung und die Anleitung von Quereinsteigenden gesetzlich verankern?

Unser Modell für die Kita der Zukunft basiert auf **multiprofessionellen Teams**. Wir fordern, dass Expert:innen für Sprachvermittlung und Logopädie direkt Teil des Teams sind. Damit die Anleitung von Quereinsteigenden und die gezielte Sprachförderung gelingen, wollen wir pädagogische Fachkräfte durch **Verwaltungspersonal** von fachfremden Aufgaben entlasten. So wird Zeit im Dienstplan frei, die heute oft durch Bürokratie aufgeessen wird. Wir streben an, dass diese Freiräume für Anleitung und spezialisierte Bildung gesetzlich abgesichert werden, damit sie nicht dem täglichen Personalmangel zum Opfer fallen.

Frage: Wie würden Sie Fortbildungszeiten besser verankern?

Wir fordern **garantierte und verpflichtende finanzielle und zeitliche Budgets** für regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für alle pädagogischen Fachkräfte. Das bedeutet, dass Fortbildung nicht mehr vom guten Willen des Trägers abhängen darf, sondern ein fester, zeitlich hinterlegter Bestandteil des Arbeitsvertrags sein muss. In Rheinland-Pfalz wollen wir zudem Schulungen zu Themen wie interkultureller Kompetenz und inklusiver Pädagogik verpflichtend machen.

Räumliche Situation in den Kitas

Frage: Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei Kommunen und Kita-Träger in den kommenden Jahren unterstützen, um Kitas für die ganztägige Betreuung gut auszustatten und entwicklungsförderliche räumliche Bedingungen zu etablieren?

Das größte Hindernis für bessere Kita-Räume ist oft das Geld. Wir fordern eine grundlegende Neuordnung der Kommunalfinanzierung nach dem Prinzip „**Wer bestellt, bezahlt**“ (**Konnexitätsprinzip**). Wenn das Land hohe Qualitätsstandards für die Ganztagsbetreuung vorgibt, muss es die Kommunen auch so ausstatten, dass diese die Räume dafür bauen oder sanieren können. Wir wollen weg davon, dass Kommunen Bittsteller für Fördergelder sind; die Finanzierung von Infrastruktur muss verlässlich und bedarfsgerecht sein.

Auf Bundesebene setzen wir uns für massive Investitionen in die Infrastruktur ein, wobei Kitas für uns eine zentrale Priorität darstellen. Wir wollen einen Investitionsrahmen schaffen, der es ermöglicht, Kitas nicht nur als „Aufbewahrungsorte“, sondern als moderne Lebensräume zu gestalten. Dazu gehört für uns auch die Förderung von „**Family Coworking Spaces**“ oder integrierten Bildungszentren, die Kita, Schule und soziale Treffpunkte unter einem Dach vereinen – so wie es Best Practices aus anderen europäischen Ländern bereits vormachen.

Frage: Wie wird die Fachpraxis als zukünftig Nutzende in die Planung von Kitas mit einbezogen?

Für uns beginnt Demokratie nicht erst im Parlament, sondern bei dir vor Ort. Dass Kitas oft „am Bedarf vorbei“ gebaut werden, liegt meist an fehlender Beteiligung. Wir fordern deshalb:

- **Partizipative Planung:** Die Fachpraxis (Erzieher und Erzieherinnen *und Kita-Leitungen*) muss als *Expertengruppe ihrer eigenen Lebenswelt bereits in der Entwurfsphase von Kita-Bauten verbindlich einbezogen werden. Das deckt sich mit unserem generellen Ansatz, Betroffene zu Expertinnen ihrer eigenen Prozesse zu machen.*
- **Multiprofessionelle Bedarfsanalysen:** Wir schlagen regelmäßige Bedarfsanalysen vor, die unter Einbeziehung von Eltern, Fachkräften und externen Fachleuten durchgeführt werden. Nur so können wir sicherstellen, dass auch Pausenräume für das Personal und Besprechungsräume für die Elternarbeit von Anfang an mitgeplant werden, statt sie später mühsam in Abstellkammern unterzubringen.

Aus- Fort- und Weiterbildungen /Fachberatung /Trägerqualität

Frage: Wie würden Sie das Feld der Fachberatung stärken und standardisieren?

Wir wollen das Feld der Fachberatung durch eine **nationale Bildungsstrategie** stärken, um einheitliche Qualitätsstandards und eine bessere Ressourcennutzung sicherzustellen. Wir stellen uns vor, dass die Fachberatung nicht mehr nur als externe Instanz fungiert, sondern durch eine enge Verzahnung mit diesen Teams direkt in die pädagogische Qualitätsentwicklung vor Ort eingebunden wird. Ziel ist eine Fachberatung, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert und die Teams bei der Umsetzung inklusiver Pädagogik und interkultureller Kompetenz verbindlich begleitet.

Frage: Die Trägerschaft von Tageseinrichtungen für Kinder ist eine komplexe und verantwortungsvolle Aufgabe. Kernpunkt der Trägerverantwortung ist die Sicherstellung des Kindeswohls in der Einrichtung. Aktuell ist für die Übernahme dieser betriebserlaubnisrelevanten Aufgabe keine Qualifizierung notwendig. Wie wollen Sie diese Situation verändern?

Wir fordern eine strukturelle Aufwertung und Anerkennung sozialer Berufe. Das muss auch für die Führungsebene gelten. Wir setzen uns für eine Verwaltung ein, in der Führungskräfte gezielt geschult werden, um Fehlverhalten zu erkennen und die Integrität der Institution zu sichern. Wir wollen diese Logik auf Kita-Träger übertragen: Das Kindeswohl darf nicht von der individuellen Ambition eines Trägers abhängen, sondern muss durch verbindliche Mindeststandards an die fachliche Qualifikation der Träger-Verantwortlichen geknüpft werden.

Frage: Was sind Ihre Vorstellung zur landesweiten, verbindlichen Sicherstellung pädagogischer Qualität in Rheinland-Pfälzischen Kindertageseinrichtungen? (z.B. interne und externe Evaluationen).

Für Rheinland-Pfalz fordern wir regelmäßige **Bedarfsanalysen** unter Einbeziehung von Eltern und Fachkräften. Wir wollen ein System schaffen, in dem pädagogische Qualität nicht nur auf dem Papier existiert, sondern durch kontinuierliche Wirksamkeitsprüfungen und ein transparentes Monitoring der Bildungsziele (analog zu unserem Ansatz für staatliches Handeln) sichergestellt wird.

Frage: Wie können aus Ihrer Sicht eine größere Transparenz und eine haushälterische Sicherstellung eine gezieltere Verwendung beim Fortbildungsbudget in den Einrichtungen geschaffen werden?

Wir setzen uns für **garantierte und verpflichtende finanzielle und zeitliche Budgets** für regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für alle pädagogischen Fachkräfte ein. Damit diese Mittel nicht zweckentfremdet werden, fordern wir:

- **Wirkungsorientierte Haushalte:** Haushaltsmittel müssen an konkrete Ziele geknüpft und jährlich evaluiert werden.
- **Digitale Transparenz:** Ein öffentliches Dashboard für Staatsfinanzen soll aufzeigen, wie Mittel (auch für Bildung) verwendet werden.
- **Schulbudgets:** Schulen (und perspektivisch Kitas) sollen eigene, bedarfsorientierte Budgets zur freien Verfügung für Personal und Fortbildung erhalten, um flexibel auf den eigenen Bedarf reagieren zu können.

Sozialraumbudget

Frage: Wie positioniert sich Ihre Partei zu dieser Problematik?

Es ist ein zentrales Anliegen von uns, dass pädagogische Qualität nicht durch bürokratische oder finanzielle Verschiebungen untergraben wird. Wenn das Land personelle Anforderungen für eine Betriebserlaubnis (BE) festlegt, muss es auch für die vollständige und eigenständige Finanzierung dieses Personals sorgen. Das Sozialraumbudget ist für die Kita-Sozialarbeit und die Unterstützung im Sozialraum gedacht, um Ungleichheiten auszugleichen. Eine Zweckentfremdung dieses Budgets für das BE-Grundpersonal lehnen wir ab, da dies die wichtige Arbeit der Sozialraumvernetzung und Inklusion schwächt.

Frage: Wie finden unterschiedliche Voraussetzungen der Kitas Beachtung bei der BE-Planung? (z.B. Bustransport)

Wir sind überzeugt, dass Bildungspolitik nicht nach dem „Gießkannenprinzip“, sondern bedarfsgerecht gestaltet werden muss. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir daher die Durchführung von **aktuellen Bedarfsanalysen** unter Einbeziehung der Eltern und externer Fachleute. Wir setzen auf das Prinzip der **Subsidiarität**. Das bedeutet, dass Voraussetzungen

vor Ort – wie etwa die Notwendigkeit eines Bustransports im ländlichen Raum – in der Planung und Finanzierung der Betriebserlaubnis zwingend berücksichtigt werden müssen.

Wir hoffen, dass diese Antworten unsere Entschlossenheit verdeutlichen, die Kita-Landschaft in Rheinland-Pfalz grundlegend zu modernisieren und die Arbeitsbedingungen für das Fachpersonal spürbar zu verbessern.

Liebe Lila Grüße

Dominik Springer

Stv. Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz

Volt Europa / Volt Deutschland

dominik.springer@volteuropa.org



Volt Deutschland Landesverband Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle: Güterstraße 51 A, 54295 Trier

Sitz: Bleichstraße 5, 55218 Ingelheim am Rhein

vertreten durch den Landesvorstand: Alexandra Barsuhn, Ron-David Röder, Sebastian Gerhard, Sabrina Hinz, Dennis Niegel, Verena Sekinger, Dominik Springer

IBAN: DE16 1009 0000 2740 3810 86

Berliner Volksbank eG

